

Senioren- Report



Geschäftsstelle Berlin

Ausgabe 122

April 2024



**Gemeinsamer Klimastreik für die Verkehrswende
Demo am Freitag, 1. März 2024**

Inhaltsverzeichnis

Grußwort Burkhard Bildt · Inflationsausgleich.....	1
Mitgliederversammlung Februar.....	2
Mitgl.Treffen Wühlmäuse · DGB Fachausschuss Rente... .	3
DGB: Rentenpaket II · Martina Neumann.....	4
Rentenpaket II Kritik.....	5
Europarat zur sozialen Situation in Deutschland.....	6
Mitgl.Treffen Unterwelten (AEG).....	7
Mitgl.Treffen Unterwelten (Dresdener Str).....	8
Synagoge Rykestr.....	9
Tarifvertragsgesetz 75 Jahre.....	10
1.Mai 2014/2024.....	11
Gabi Stelter · SAK-Leitung · Seniorenwoche · Termine	12

Impressum

Redaktion:

Ramon Zorn, Hartmut Herold, Martin Langner, Dorothea Lay,
Hartmut Meyer, Manuela Wegener, Monika Wittek

Titelbild: Klaus Murawski

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 14.06.2024

V.i.S.d.P.: Burkhard Bildt, IG Metall Berlin

Email-Adresse für Beiträge zum Senioren-Report:

seniorenreport@gmx.de

Senioren-Report im Internet:

www.igmetall-berlin.de/gruppen/arbeitskreise/ak-senioren/senioren-report

Grußwort

Burkhard Bildt
zuständiger Sekretär für die
Seniorenarbeit in der
Geschäftsstelle Berlin



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

2007 erschien mein erster Leitartikel, heute ist es mein letzter. Es war mir eine Ehre, für euch schreiben zu dürfen.

Ramon danke ich für seine zahlreichen Hinweise. Ohne dessen Ratschläge hätte ich den einen oder anderen Missgriff in meinen Formulierungen zum Besten gegeben.

Das Leben in der IG Metall geht nun ohne mich weiter. Vorerst! Zunächst muss der Kopf frei und meine innere Uhr neu justiert werden. Im August komme ich dann wie versprochen zur Klausur, in aller Frische.

Alle Seniorinnen und Senioren freuen sich sicher über die Rentenerhöhung von 4,57 Prozent zum 1. Juli. Der Rentenpunkt wurde um 1 Cent angehoben, um das Sicherungsniveau von 48 Prozent einzuhalten! Bedeutet dies für die Zukunft, dass Rentenerhöhungen trotz steigender Anzahl von Rentnern dichter an den Tarifierhöhungen liegen? Wie auch immer, das Wettern über die derzeitige Rentenpolitik wird lauter, wie auch über soziale Regelungen für Erwerbslose, Kranke, Niedrigverdiener... Die Mär vom unbezahlbaren Sozialstaat ist eine Nebelkerze. Die Inflation hat längst die sozialen Leistungen entwertet. Neben den steigenden finanziellen Belastungen der Bürger steigen jedoch die Einkommen der Reichen. Weil dies so bleiben soll, sind künftig weitere Nebelkerzen durch die Lobbyisten der Oberschicht zu erwarten.

Die Kämpfe um den Erhalt des Sozialstaates werden somit härter und dem Blick in die Zukunft scheinen die letzten positiven Visionen abhanden zu kommen.

Neben dem Thema Sozialabbau nehmen auch die Themen Krieg, Klimakatastrophe und Diktaturen immer mehr Raum in der öffentlichen Debatte ein. Die Ängste wachsen angesichts dieser gruseligen Themen und die Spaltung der Gesellschaft wächst. Es ist an der Zeit, an der Ursache für dies alles ansetzen: Wohin entwickelt sich dieser Kapitalismus, was ist die Alternative und wie kommen wir dort hin? Die „Zeitenwende“ ist eingeläutet, die Weiche ist aber noch nicht umgestellt.

In diesem Sinne, bis bald!

Burkhard Bildt

Inflationsausgleich

Seit über zwei Jahren ist die Inflation in Deutschland so hoch, dass immer mehr Menschen nicht mehr mit ihrem Einkommen auskommen. Für viele Beschäftigte wurde inzwischen durch die Gewerkschaften ein Inflationsausgleich vereinbart. Die Regierung hat beschlossen, dass bis zu 3.000 Euro abgabenfrei sind. Inzwischen haben auch die Beamten und Pensionäre beziehungsweise deren Hinterbliebenen solch einen Inflationsausgleich erhalten oder werden ihn noch bekommen. Nur die Rentnerinnen und Rentner sind bisher völlig leer ausgegangen.

Der Senioren-Arbeitskreis fordert die Delegiertenversammlung der Berliner IG Metall auf, den Vorstand der IG Metall zu beauftragen, sich bei der Bundesregierung dafür stark zu machen, dass auch die Rentnerinnen und Rentner einen solchen Inflationsausgleich bekommen.

Das Argument, wir bekämen ja im Juni eine Rentenerhöhung von 4,57 Prozent, zielt daneben. Das ist mit einem halben Jahr Verzug der Ausgleich für die Lohnentwicklung des vergangenen Jahres. Auch wenn die Inflation zur Zeit niedrig ist, die Verteuerung der Lebensmittel bleibt und die Mieten steigen weiter. Je niedriger das Einkommen, desto größer ist der Anteil, der für das tägliche Leben benötigt wird. Bei einer niedrigen Rente sind immer mehr ältere Menschen armutsbedroht oder brauchen Unterstützung um zu leben.

Das kann nicht das Lebensziel nach 40 Jahren Arbeit sein.



Demonstration mehrerer Verbände für Inflationsausgleich für Rentner am 5. April in Stockelsdorf (Ostholstein)
Bild Rainer Heyse

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat eine Petition beim Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingereicht. Damit setzt sich der Verband dafür ein, dass auch Rentnerinnen und Rentner eine Inflationsprämie erhalten,

Ramon Zorn

Du bist nicht allein – kämpf mit uns – dann wird es besser!

Dies ist das Fazit aus der Veranstaltung mit IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban, der uns zum Thema „Rente und Sozialstaat“ informierte und inspirierte. Dabei war gelegentlich nicht ganz klar, ob er gerade die IG Metall-Position oder doch seine persönliche Meinung vertrat.



Foto Hartmut Herold

Jedenfalls betonte er den Dreiklang aus Solidarität, Widerstand und Perspektiven, der zu jedem Thema Mut machen soll.

Und wir hörten Vieles, das wir uns gewünscht haben:

- Kollege Urban kommt gerne zum SAK nach Berlin, weil wir einer der aktivsten Seniorenarbeitskreise der Republik sind.
- Auf dem Gewerkschaftstag wurde beschlossen, dass die IG Metall wieder mehr (sozial-)politisch aktiv werden muss – darauf freut er sich.
- Die IG Metall ist weiterhin gegen die Rente mit 67.
- Die Arbeitsbedingungen müssen ständig diskutiert und verbessert werden.
- Die IG Metall fordert eine Erwerbstätigenversicherung, die alle abhängig Berufstätigen und Beamte und Selbständige erfasst.
- Wiederaktivierung der Vermögenssteuer!

Diskussionen über versicherungsfremde Leistungen der Rentenversicherung findet er überflüssig: Es sind gute solidarische Leistungen, zum Beispiel die Mütterrente. Diskutiert werden muss, wo das Geld dafür herkommt, nämlich aus Steuern statt aus Beiträgen.



Foto Ramon Zorn

Außerdem betonte er, dass alle Fortschritte nur im Konflikt und mit Verteilungskämpfen erreicht wurden und dies auch in Zukunft so sein wird.

Die meiste Zeit verbrachten wir mit Fragen und seinen Antworten dazu. Es ist immer wieder erstaunlich, welche Fülle von Themen bei so einer Fragerunde zusammenkommt: DGB, Krieg und Frieden, Renditeabschöpfung in allen Lebensbereichen, fehlende Erhöhung von Betriebsrenten, Rentenniveau von 48 Prozent gegenüber 70 Prozent bei Pensionen, Kürzung am Sozialstaat wegen Aufrüstung, fehlender Erfolg im Kampf für den Sozialstaat, Wohnen und Mietenstopp, Inflationsausgleichsprämie für Rentner, psychische Erkrankungen, Rentenkampagne der IG Metall und immer so weiter.

Und zu allem konnte und wollte Kollege Urban Stellung beziehen!



Foto Ramon Zorn

Auch wenn nicht alle unsere Fragen so beantwortet wurden, wie wir uns das gewünscht hätten, war es eine sehr interessante Veranstaltung. Kollege Urban bedankte sich explizit für unsere Kritik und kommt bestimmt gern einmal wieder.

Manuela Wegener

Mitgliedertreffen bei den „Wühlmäusen“

„Ich bin ja keiner, der sich an die große Glocke hängt“

Dies war das Motto für unseren Besuch bei den Wühlmäusen und ist auch eine treffende Beschreibung des Erzählenden auf der Bühne. Horst Evers heißt er. Und er schenkte uns einen wundervollen Nachmittag am letzten Sonntag im Februar.



Horst Evers schreibt Bücher und liest daraus vor! So wird er auf Radio Eins stets angekündigt, wenn er als fester Bestandteil des Sendeprogramms dort losgelesen wird. Immer wieder ein grandioses Vergnügen ihm zuzuhören.

Er erzählt mitten aus dem Hier und Jetzt: Erlebnisse, Vorfälle und Beobachtungen, in denen er liebevoll, mit viel Witz, einer Prise Weisheit und seiner eigensten Logik unseren Alltag und zunehmend verstörende Gegenwart ins Komische verklärt. Er liest, ruft, dröhnt, zischt und wummert seine Geschichten heraus. Auf der Bühne dazu seine ungelungenen Bewegungen.

Die Widrigkeiten des Lebens elegant zu umschiffen, dazu gibt Horst Evers die richtigen Anleitungen. Er macht den oft drögen Alltag noch schöner und stellt ihn manchmal so richtig auf den Kopf. Macht einfach nur Spaß mit ihm. Die Zeit vergeht wie im Flug und die Lachmuskeln bekommen reichlich zu tun.

Ja, das war unser Sonntagnachmittag am 25. Februar. Wir waren 48 Alt-Metaller und Metallerinnen bei diesem Spaß. Und die Resonanz nach Ende der Vorstellung war durchweg positiv. Eine mal relativ unpolitische Veranstaltung. Aber schön isstes jewesen.

Hier noch ein paar Zitate aus seinem Programmen:

- Für Eile fehlt mir die Zeit
- Wäre ich Du würde ich mich lieben
- Der kategorische Imperativ ist keine Stellung beim Sex
- Schwitzen ist, wenn Muskeln weinen
- Hinterher hat man's meist vorher gewusst
- Flexibilität ist, das Shampoo herauszuholen, um die Haare zu waschen, wenn man vom Regen überrascht wird.



Fotos Hartmut Herold

Ach und dann gab's ja noch zu futtern. Gleich gegenüber den "Wühlmäusen" im Restaurant "JOES". Lecker deutsche Küche bei Bier und Wein. Also mein Fazit: Ein wunderbarer Tag, der in ähnlicher Weise gern wiederholt werden könnte.

Uwe Prüfer

DGB-Fachgruppe Renten- und Versorgungsrecht

im Senioren-Arbeitskreis Berlin-Brandenburg

Bericht zur Sitzung am 22. Februar 2024

Es war unsere erste Sitzung im neuen DGB-Haus in der Keithstraße. Wir trafen uns 10 Minuten vor Sitzungsbeginn in der Eingangshalle und wurden von dort in das Sitzungszimmer geleitet.

Nach Verabschiedung des Protokolls hatten wir, abweichend von der Tagesordnung, zuerst unsere Sichtweise auf die Kürzungen der Rentenzuschüsse durch das BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) zu beschließen.

Diese werden nun in einem zweiten Schritt im Leitungskreis beraten und an den DGB weitergeleitet.

Danach befassten wir uns mit den die Rente betreffenden Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages unserer IG Metall. Wir beschlossen, diese zu kommentieren.

Unser Kommentar soll dem Kollegen H. J. Urban vom IG Metall-Vorstand übergeben werden, zusammen mit für uns unklaren Passagen und mit der Bitte um Stellungnahme,.

Für die nächste Sitzung haben wir das Thema Rente/Pension in Österreich auf die Tagesordnung gesetzt. Hierfür wollen wir auch einen Referenten aus Österreich einladen.

Bernd Koch

Stellungnahme des DGB zum Rentenpaket II und unser Kommentar dazu



Yasmin Fahimi

© DGB / Benno Kraehahn

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi findet am Rentenpaket II gut, dass zwei Kernforderungen der Gewerkschaften erfüllt sind: Das Rentenniveau bei 48 Prozent zu halten und das Renteneintrittsalter nicht anzuheben.

Aber langfristig, über das Jahr 2039 hinaus, muss das Rentenniveau wieder angehoben werden.

„Alle Versuche, die gesetzliche

Rente kaputtzureden sind ein Angriff auf die solidarischen Ersparnisse der Beschäftigten“ schreibt Fahimi.

Sie kritisiert die Kürzung des Bundeszuschusses für vier Jahre um jährlich 1,2 Milliarden Euro. „Das ist eine kurzsichtige Entscheidung“, so Fahimi. Die steigenden Kosten für eine wachsende Zahl von Rentenbeziehenden muss gemeinsam von Beschäftigten, Arbeitgebern und dem Staat getragen werden.

Das sogenannte Generationskapital, mit Anlage von 12 Milliarden Euro in den Finanzmarkt, ist ein unsicherer Weg mit ungewissem Ausgang. Ob das die Renten zuverlässig stützt, ist fraglich.

Soweit die Stellungnahme des DGB.

Wir hatten schon beim FDP-Parteitag im April letzten Jahres gegen die Aktienrente protestiert. Aber ohne dieses Geschenk an den Kapitalmarkt wäre das Rentenpaket mit diesem FDP-Finanzminister nicht verabschiedet worden.

Das Geld soll zunächst bei einer öffentlich-rechtlichen Stiftung ange-

legt werden. Da fallen auch Kosten bei der Verwaltung des Kapitals an, denn Fondsmanager/innen sind keine Niedriglöhner/innen.

Kritiker befürchten auch die Auswirkung dieses zusätzlichen Kapitals auf den Aktienmarkt: steigende Nachfrage hebt die Kurse, der Gewinn fließt in die Taschen von privaten Investoren. Die (mögliche) Stärkung der Rentenversicherung ist wohl nicht das Hauptziel.

Welche Kritik gibt es sonst noch?

Sofort tauchen in der Presse wieder die Meldungen auf, die Jungen werden zulasten der Älteren benachteiligt. Die Rente sei langfristig nicht finanzierbar.

Dabei schlagen wir Rentenkonzepte für die Zukunft vor, damit die Armut im Alter sich nicht noch mehr ausbreitet. Finanzierungsvorschläge machen wir auch. Dass sie PolitikerInnen nicht gefallen, die den Sozialstaat zurückdrängen wollen und lieber Erben und Großverdiener schützen, steht auf einem anderen Blatt.

Ramon Zorn

Zuwachs im Senioren-Arbeitskreis: Martina Neumann



Ich bin die Neue und komme jetzt öfter.

Als „DDR-Kind“ war ich mit Beginn meiner Lehre zur BMSR*)-Technikerin auch automatisch Mitglied im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Bewusst habe ich mich aber 2008 mit der Finanzkrise für den Eintritt in die IG Metall Berlin entschieden.

Ich arbeitete als Buchhalterin in der Tochtergesellschaft einer amerikanischen Firma in Zehlendorf, die abgewickelt werden sollte. Dabei bekamen wir sehr viel Hilfe von den Kollegen der IG Metall, die das verhinderte.

Seit einem Jahr bin ich Rentnerin und liebe die Unternehmungen, die vom Senioren-Arbeitskreis angeboten werden. Deshalb habe ich mich entschlossen, hier mitzuarbeiten, um bei der Organisation der Mitgliederbegegnungen mitzuhelfen.

Für viele unser ehemaligen Kolleginnen und Kollegen ist das ein wichtiger sozialer Kontakt, gerade im Alter – das möchte ich unterstützen.

*) Betriebs-, Mess-, Steuer- und Regeltechnik

Entwurf des Rentenniveaustabilisierungs- und Generationenkapitalgesetzes

Rentenpaket II – Eine Enttäuschung!

Gewerkschaften, Sozialverbände und Versicherte erhofften deutliche Verbesserungen für die Rentner/-innen und einen Schritt zur langfristigen Sicherung der gesetzlichen Rente – und wurden schwer enttäuscht.

Es gibt keinen Schritt in Richtung Erwerbstätigenrente. Die abschlagfreie Rente nach 45 Beitragsjahren wurde nicht garantiert. Eine Senkung des Renteneintrittsalters von 67 auf 65 Jahre sowie die perspektivische Erhöhung des Rentenniveaus auf 53 Prozent sind nicht in Sicht.

Das Paket besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen: Die Sicherung des Rentenniveaus auf 48 Prozent über das Jahr 2025 hinaus sowie die Einführung eines „Generationenkapitals“ als langfristige, zusätzliche Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Was ist unter dem Generationenkapital zu verstehen?

Der Staat verschuldet sich im ersten Jahr 2024 mit 12 Milliarden Euro, steigert den Betrag jährlich um drei Prozent, bis er dann 2036 schon 17 Milliarden Euro Kredit aufnimmt. Dafür zahlt er Zinsen, die zurzeit zwischen 2,5 und 3 Prozent betragen. Bis 2036 hat er dann zwischen 28 und 32 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt. Im Kapitaltopf sollen sich dann, wenn alles gut läuft, 200 Milliarden Euro befinden, die eine Rendite von 10 Milliarden Euro (das wäre eine Realverzinsung von 5 Prozent) abwerfen sollen.

Und diese 10 Milliarden sollen nach Rechnung Lindners und Heils verhindern, dass der Rentenversicherungsbeitrag im Jahr 2036 von 22,3 auf 22,6 Prozent steigt.

Mit anderen Worten: Die gefeierte Nutzung der Finanzmärkte bringt für die Versicherten nach 12 Jahren zusätzlicher Staatsverschuldung eine Reduzierung der Rentenbeiträge um 0,3 Prozentpunkte. Das sind für die Firmen und die abhängig Beschäftigten sage und schreibe je 0,15 Prozent der Bruttoeinkommen.

Das Geld soll in einen Fonds, Vorbild dafür ist der Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung, der Kenfo angelegt werden. Der Kenfo machte 2023 3,1 Mrd. Euro Verluste.

Wie sicher sind Renten in den Kapitalmärkten?

„Über ein Jahrhundert wurden die Chancen des Kapitalmarktes in der gesetzlichen Rentenversicherung liegen gelassen, jetzt nutzen wir sie...“ sagte Finanzminister Lindner.

Wie sicher sind die Kapitalmärkte, die auf Profit ausgerichtet sind? Hatten wir das nicht schon mal?

Die gesetzliche Rentenversicherung war bis 1957 auf

Anlagen an den Kapitalmärkten ausgerichtet. Dabei kam es zu zwei Totalzusammenbrüchen der angesparten Finanzanlagen (1923 und 1948). Aus diesen bitteren Erfahrungen wurden 1957 die Konsequenzen gezogen und von Kapitalanlage auf das krisensichere und nachhaltige Umlageverfahren umgestellt.



Warum machen die dann solch eine Unfug?

Sie wissen, mit solch einem lächerlichen Beitrag können die Mehrkosten der geburtenstarken Jahrgänge nicht ausgeglichen werden. Die spekulative Luftnummer macht nur Sinn als Auftakt zum Generationenkapital 2.0.

Dann wird es zur Sache gehen und das heißt nach Empfehlungen des Sachverständigenrates der Bundesregierung: vier Prozent der Bruttolöhne als Zwangsabgabe an die Finanzmärkte.



Das Rentenpaket II bringt nichts bis sehr wenig für die Versicherten. Nichts gegen Altersarmut und nichts für auskömmliche Renten. Es bedient die Interessen der Finanzkonzerne und eröffnet ihnen weitere profitable Perspektiven.

Klaus Murawski

Fotos von der Demo 2023 gegen Aktienrente

Schlechte Noten für Deutschland vom Europarat

Die Armen werden immer ärmer (und mehr) und die Reichen immer reicher. Dagegen finden zwar Proteste und Demonstrationen statt, es ändert sich aber nichts. Jetzt kommt Unterstützung von außen, vielleicht zeigt das bei der Regierung mehr Wirkung.

Der **Europarat** fordert die Regierung auf, mehr gegen die soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik zu tun. Bei der Bekämpfung von Armut, Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung erwartet der Europarat mehr Anstrengungen. Es wird zwar anerkannt, dass versucht wird, das Sozialsystem zu reformieren, Sozialversicherungsleistungen zu erhöhen und Arbeitslosen mehr Bildungsmöglichkeiten anzubieten, das reicht aber nicht, um die wachsende Ungleichheit zu bekämpfen.

Drei Themen nimmt der Europarat in den Fokus:

- Der **Armut** bei Kindern, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung muss entschlossener gegengewirkt werden.
- Das **Recht auf Wohnen** als Menschenrecht für alle werde leider nur begrenzt anerkannt. Um Obdachlosigkeit zu verhindern und zu beseitigen, seien umfassende und langfristige Maßnahmen nötig. Deutschland müsse alle zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, einschließlich Eingriffen in den Wohnungsmarkt und Änderungen des Mietrechts.
- Der **wachsende Rassismus**, hat das Potenzial, den sozialen Zusammenhalt zu untergraben und demokratische Institutionen zu destabilisieren, heißt es in dem Bericht. Dem muss mit neuen Strategien entgegengetreten werden.

Das Gesamturteil des Europarats: Das hohe Maß an Armut und sozialer Benachteiligung stehe in keinem Verhältnis zum Reichtum des Landes.

Das zielt nicht nur auf die aktuelle Bundesregierung, auch auf ihre Vorgänger. Die konservative Opposition, die soziale Fortschritte behindert, kann sich das auch hinter den Spiegel stecken.

Dazu passt ein aktueller Konflikt der Ampel-Regierung. SPD-Bauministerin Geywitz will den Mietschutz verbessern mit der vereinbarten Verlängerung der Mietpreisbremse und der Absenkung der sogenannten Kappungsgrenze. Das wird von den FDP-Ministern blockiert, die meinen, allein Neubau sei das Heilmittel für alle Mieterprobleme.

Ramon Zorn



Was ist der Europarat?

Der Europarat ist keine Institution der EU, im Gegensatz zum *Europäischen Rat* (Organ der Staats- und Regierungschefs) und dem *Rat der Europäischen Union* (Ministerrat).

Der Europarat ist eine internationale Organisation mit Sitz in Straßburg. Er wurde 1949 als erste große europäische Nachkriegsorganisation gegründet und setzt sich hauptsächlich für den Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ein. 46 Staaten gehören zu den Mitgliedern des Europarats, darunter die 27 EU-Mitgliedstaaten. Alle europäischen Flächenstaaten sind im Europarat vertreten – außer Kosovo, Belarus, sowie Russland, das am 16. März 2022 ausgeschlossen wurde. Deutschland ist seit 1950 Mitglied.

Der Europarat hat einen verbindlichen Rechtsrahmen mit seinen Mitgliedstaaten vereinbart: für den Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Bislang gibt es mehr als 200 Übereinkommen und Protokolle des Europarats. Dazu zählen zum Beispiel die sogenannte Antifolter-Konvention oder die Europäische Sozialcharta.

Die wichtigste ist die sogenannte Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK). Die Konvention ist damit geltendes Recht in allen 46 Mitgliedsstaaten. Sie sichert den Menschen wichtige Grundrechte zu – zum Beispiel das Recht auf Leben, das Verbot der Folter oder die Freiheit der Meinungsäußerung. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gehört zum Europarat. Wer in einem Recht aus der Konvention verletzt worden ist, kann den EGMR anrufen.

(Quelle [gekürzt] Bundesregierung)

Mitgliedertreffen am 21. März 2024

Berliner Unterwelten: Besichtigung des AEG-Tunnels

Wir trafen uns morgens um 10 Uhr am ehemaligen AEG-Standort Brunnenstraße im Wedding und waren mit dicker Jacke und festen Schuhen gut gerüstet für einen Einstieg in die Unterwelt. Nach der Begrüßung durch den Verein „Berliner Unterwelten e.V.“ erhielten wir noch oberirdisch Erläuterungen über die alten und neuen Fertigungsgebäude des Standortes.



AEG Brunnenstr.

Foto Ramon Zorn

Das Grundstück hat eine Größe von ca. 150.000 m² und der AEG-Tunnel von 1897 verbindet mit einer Länge von 300 m die beiden ehemaligen Betriebsstätten AEG-Brunnenstr. und AEG-Ackerstr. miteinander. Er wird auch als erster U-Bahn-Tunnel Deutschlands angekündigt. Wir waren deshalb sehr gespannt, was wir dort zu sehen bekommen würden.

Danach stiegen wir hinab in einen Kellerraum des Geländes zu einem interessanten Vortrag über die Gründung der AEG und die Geschichte des Standortes Brunnenstraße mit zeitweilig bis zu 8.000 Beschäftigten. Anschließend gab es noch eine Sicherheitsunterweisung von dem Sicherheitsbeauftragten. Mittlerweile fühlten wir auch, warum es wichtig war, sich eine dicke Jacke anzuziehen.

Wir betraten dann im Gänsemarsch den Tunnel und hielten uns „immer“ zwischen den Schienen entsprechend der Unterweisung. Der Tunnel wurde 1897 errichtet und war zuerst circa 270 m lang. Die Tunnelröhre hat einen elliptischen Querschnitt mit einer Höhe von 3,15 m und einer Breite von 2,6 m. Der Tunnel liegt teilweise 6,5 m unter der Oberfläche mit einem Gefälle von 6,6 Prozent.

Er wurde von einer elektrischen Bahn zum Transport von Material und Mitarbeitern genutzt und fand auch als Teststrecke der AEG für den Bau von U-Bahn Zügen Verwendung. In der Brunnenstr. gab es einen oberirdischen Anschluss an das Bahnnetz und die Bahn konnte eine Geschwindigkeit von 30 km/Std. erreichen.

Der Netzanschluss wurde vor dem 1. Weltkrieg geschlossen und das Tunnelende in den Keller der Kleinmotorenfabrik verlängert. Die Schienen wurden abgedeckt und der Tunnel dann mit Elektrokarren befahren. Während des 1. Weltkrieges wurde der Tunnel auch für die Produktion von Munition genutzt und während des 2. Weltkrieges wurden an den Seiten zusätzliche Luftschutzräume eingerichtet. Wie man in dieser Enge und bei den tiefen Temperaturen arbeiten konnte, ist kaum vorstellbar. Man musste sofort an Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit denken, an denen die AEG aktiv beteiligt war.



Wandverzahnung aus der Zeit der Nutzung als Werkluftschutzraum

© Berliner Unterwelten e.V. / Holger Happel

Durch das Gefälle in Richtung AEG-Ackerstraße wurde es immer kühler und feuchter, bis wir die mit einem Gitter verschlossene Grundstücksgrenze erreicht hatten. Mit der Aufgabe der Standorte AEG-Ackerstr. (1979) und AEG-Brunnenstr. (1984) verlor der Tunnel seine Funktion, geriet in Vergessenheit und wurde teilweise geflutet. Erst durch den Verein „Berliner Unterwelten e.V.“ wurde er wieder in die Erinnerung zurückgeholt und durch ehrenamtlichen Einsatz begehbar und befahrbar gemacht.

Zurück an der Oberfläche genossen wir zuerst die warme Sonnenluft und dann das gemeinsame Essen in dem Restaurant „Cantinerie“, eingerichtet in einer ehemaligen Motoren-Montagehalle. Zu dem Essen kamen dann noch die TeilnehmerInnen der gleichzeitig stattfindenden Führung in dem nicht genutzten U-Bahn-Tunnel Kreuzberg-Dresdener Straße hinzu.

Wer gerne mehr aus der Industriegeschichte der AEG erfahren möchte, ist herzlichst eingeladen zu unserem geplanten Stadtpaziergang „Auf den Spuren der AEG – Von den Edison-Höfen zur AEG-Brunnenstr.“

Siehe nächste Seite

Gerhard Lux

Mitgliedertreffen am 21. März 2024

In der Berliner Unterwelt an Kreuzbergs Grenze

Am 21. März wurden zwei interessante Teile der U-Bahn-Linie 8 von den IG Metall-Senioren inspiziert: die AEG-Bahn an der Voltastraße und das Tunnelstück unter der Dresdener Straße in der Luisenstadt. Diese U-Bahnlinie 8 (bis 1966 Linie D) zeigt beispielhaft die Geschichte auch der Stadt Berlin: Planung im Kaiserreich, Gründung Groß-Berlin, Weltwirtschaftskrise, Auswirkungen der beiden Weltkriege, Geisterlinie im geteilten Berlin, Neubaugebiet.

Die Geschichte der U-Bahn unter der Dresdener Straße wurde uns sehr anschaulich und engagiert von zwei Mitgliedern des Vereins Berliner Unterwelten e.V. vermittelt. Die Dresdener Straße verläuft vom Kottbusser Tor (Kreuzberg) über den Oranienplatz bis zur Heinrich-Heine-Straße (Mitte). Diese Straße gibt es bereits seit 250 Jahren und gehörte einst zur dichtbevölkerten Luisenstadt.

Die AEG plante bereits seit 1907 die Ortsteile Gesundbrunnen und Neukölln (= GN-Bahn) mit einer U-Bahn zu verbinden. Begonnen wurde der Rohbau von der AEG-Schnellbahn AG unter der Dresdener Straße 1915 (Arbeitskräfte: vor allem Frauen!) und bis zum Oranienplatz fertiggestellt. Ende 1919 stellte die AEG alle Arbeiten ein, das neue Groß-Berlin eröffnete aber 1928 diese Nord-Süd-Linie mit einer neuen Streckenführung, nun über den Moritzplatz am Kaufhaus Wertheim vorbei (auch unter dem U-Bahnhof Moritzplatz liegt noch ein Bahnhofsrohbau, ehemals geplant als Umsteigebahnhof für eine Linie Anhalter Bahnhof – Görlitzer Bahnhof).

Der nun brachliegende Teil unter der Dresdener Straße wurde dann von der BVG als Abstellanlage und der Bahnhofsrohbau Oranienplatz von der BEWAG bis 1941 als Trafostation genutzt.

Ab 1941 wurde die noch heute sichtbare und von uns besuchte Bunkeranlage gebaut. Der U-Bahn-Tunnel wurde 1942 zu einem öffentlichen Luftschutzraum umgestaltet, mit Luftschleusen, Toiletten und kleinen Einzelräumen für „berufstätige Frauen mit Kindern“.

Anfang Februar 1945 gab es auf Berlin einen verheerenden Luftangriff, der große Teile der Luisenstadt durch einen Feuersturm zerstörte, unter anderem auch das Kaufhaus Wertheim am Moritzplatz.



Foto Hartmut Herold

Ungefähr 9.000 Menschen hatten in dem überfüllten Dresdener Bunker Zuflucht gefunden. Sie überlebten, aber der Moritzplatz und das Heinrich-Heine-Viertel waren eine Trümmerwüste – nun zu sehen an den vielen Neubauten ...

1961 teilte die Mauer auch den Tunnel Dresdener Straße und, um Fluchtmöglichkeiten zu verhindern, wurde im Tunnel vor dem Oranienplatz (West-Zone) eine mit Alarmdraht gesicherte Barriere errichtet; einigen gelang trotzdem die Flucht nach West-Berlin.

Die U-Bahnzüge durften nur ohne Halt in langsamer Fahrt den von Grenzsoldaten bewachten „Geisterbahnhof“ Heinrich-Heine-Straße passieren. Und oben drüber war der Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße, offen für Bundesbürger, DDR-Bürger und Diplomaten. Auch am Besichtigungstag noch konnten wir Züge der U8, diesmal in schneller Fahrt an der Strecke Moritzplatz – Heinrich-Heine-Straße aus dem Tunnelmund des Dresdener Tunnels beobachten.

Der Kreuzberger Teil des Dresdener Tunnels vor dem Oranienplatz wurde 2015 von dem Senat mit Flüssigerde verfüllt – noch von 2006 bis 2012 wurden Führungen in den Bahnhofsrohbauten Oranienplatz von der Berliner Unterwelten e.V. durchgeführt.

Nach der beeindruckenden Führung ging es in rund 10 Minuten per U8 zur Voltastraße, um dort auf dem ehemaligen AEG-Gelände zusammen mit den anderen Inspektoren und Inspektorinnen (AEG-Bahn) im schönen Restaurant „Cantinerie“ nicht nur über die Berliner Unterwelt zu diskutieren.

Hartmut Herold

Vorschau auf ein weiteres Mitgliedertreffen

Stadtspaziergang „Auf den Spuren der AEG – Von den Edison-Höfen zur AEG-Brunnenstr.“

Er wird am 29. Mai ab 10 Uhr stattfinden, Treffpunkt Nordbahnhof, maximale Gruppengröße 20 TN, Dauer 2 Std., danach Essen in Cantiniere (AEG-Höfe). Auf der MV am 24. April werden weitere Anmeldungen angenommen.

Jüdisches Leben in Berlin: die Synagoge Rykestraße

Ein kurzer Überblick über die jüdische Gemeinden in Berlin: circa 8.300 Gläubige und 10 Synagogen, vor dem Krieg waren es 173.000 und 100 Synagogen – 55.000 Jüdinnen und Juden wurden deportiert und ermordet.

Es gibt drei unterschiedliche Jüdische Gemeinden in Berlin

1. Die jüdische Einheitsgemeinde unter dem Vorsitzenden Dr. Gideon Joffe mit acht Synagogen
2. Die Jüdische Gemeinde Chabad Berlin (Lubavitch) Rabbiner Yehuda Teichtal
3. Die Israelitische Synagogen Gemeinde (Adass Jisroel) Rabbiner Chaim Michael Biberfeld

Mitten im beliebten Kollwitz-Kiez im Prenzlauer Berg steht die größte Synagoge Berlins. Die Synagoge Rykestraße hat Nationalsozialismus und Krieg fast unbeschadet überstanden. Sie gehört zur jüdischen Einheitsgemeinde (1).

Geschichte der Synagoge Rykestraße:

Die Ausdehnung der Jüdischen Gemeinde Berlins zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist Grund genug, ein weiteres großes Gotteshaus in der Stadt zu bauen. Der Architekt Johann Hoeningner entwirft das Gebäude im neo-romanischen Stil. Im Jahre 1904 wird es nach nur 10 Monaten Bauzeit feierlich eingeweiht. 2000 Menschen bietet die Synagoge im Prenzlauer Berg auch heute noch Platz.

Im Vorderhaus der Synagoge Rykestraße wird auch gelehrt. Zu Beginn war es eine reine Religionsschule, 1922 folgt die Einrichtung einer Grundschule und wenige Jahre später die Private Volksschule der Jüdischen Gemeinde.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten im Jahre 1933 ändert sich auch das Lehr- und Leitmotiv des Jüdischen Schulvereins. Ab diesem Zeitpunkt besteht ein Interesse darin, die Schüler auf eine Aliija, eine Auswanderung nach Palästina vorzubereiten, um sie vor dem faschistischen Regime zu schützen.

Die Synagoge Rykestraße steht ebenfalls in der Reichsprogromnacht am 9. November 1938 im Fadenkreuz der Nationalsozialisten. Der Standort in der innerstädtischen Wohnlage sorgt dafür, dass die Synagoge nicht völlig abgebrannt wird. Die umliegenden Grundstücke sollen nicht in Gefahr geraten. Also zerstören die Nazis das Innere des Gebäudes. Im April 1940 übernehmen die Nazis die Synagoge.

Danach funktioniert die Wehrmacht das Gebäude als Pferdestall und Lager um. Im zweiten Weltkrieg entkommt die Synagoge dem Bombenregen, der am Gebäude keine bleibenden Schäden hinterlässt.

Wiedereröffnung: Nach umfassender Sanierung (in der DDR) kann das Gebäude 1953 durch den Rabbiner

Martin Riesenburger wieder geweiht werden. Mit dem Mauerbau und der Teilung Deutschlands und Berlins wird die Synagoge zentrale Anlaufstelle des jüdischen Lebens in Ost-Berlin.

Die dreijährigen Umbaumaßnahmen von 2004 bis 2007 werden von Ruth Golan und Lay Zareh geleitet. Die Maßnahmen zielen darauf ab, den Originalzustand der Synagoge von 1904 wieder sichtbar zu machen. 2007 kann das durch viele Förderer finanzierte Projekt abgeschlossen und das Gotteshaus mit der Einhebung der Thorarollen wiedereröffnet werden.



Synagoge Rykestr.

Die Gemeinde liegt im Streit mit dem Zentralrat der Juden, ihr wurde erst einmal für ein Jahr das Stimmrecht entzogen. Zum Beispiel wurden bei den letzten Wahlen Menschen über 70 nicht mehr zur Wahl zugelassen. Intern stehen sich zwei Gruppen gegenüber. Verkürzt ist es die Auseinandersetzung zwischen der alten Westberliner Gemeinde und den „Neuen Juden“ aus der ehemaligen UDSSR.

Die Gemeinde ist der Träger des Staatsvertrages mit dem Land Berlin und erhält jährlich Zuwendungen von 11 Millionen Euro, plus 6 Millionen Euro für die Sicherheit. Die beiden anderen Gemeinden bekommen nämlich von den Zuwendungen aus dem Staatsvertrag keinen Cent.

Werner Kühnemann

Ohne Tarif ist alles doof 75 Jahre Tarifvertragsgesetz

Das Tarifvertragsgesetz (TVG) feierte am 9. April sein 75-jähriges Jubiläum und ist damit älter als die Bundesrepublik, die erst am 23. Mai 1949 gegründet wurde. Mit dem Tarifvertragsgesetz wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen für Tarifverhandlungen und den Abschluss von Tarifverträgen festgelegt.

Wie sieht die Tariflandschaft heute aus?

In Ostdeutschland kein Grund zu jubeln, denn dort haben 2020 nur 43 Prozent der Beschäftigten Tariflöhne, in Westdeutschland 53 Prozent. Auch dadurch verdienten Vollzeitbeschäftigte in Ostdeutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamts durchschnittlich 824 Euro brutto pro Monat weniger als Kollegen im Westen.

In der Metall- und Elektroindustrie sieht es mit 56 Prozent tarifgebundenen Beschäftigten etwas besser aus. Dadurch sind im Durchschnitt die Löhne 29 Prozent höher und die Arbeitszeit um 12,4 Stunden geringer im Monat. Alles Super? Mitnichten. Die Anzahl der tarifgebundenen ME Betriebe ist auch hier rückläufig.

Wie kam es dazu?

Niedrige Löhne waren politisch gewollt, um Deutschlands Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, wie Bundeskanzler Schröder Anfang der 2000er Jahre immer wiederholte. Bei Arbeitslosigkeit wurde jede Arbeit zumutbar, staatlich Unterstützung gibt es nur noch bei Bedürftigkeit. Auch heute fordern die Unternehmensverbände die grundgesetzlich verbriefte Tarifautonomie abzuschaffen. Sie befürworten eine Aufweichung des Gesetzes und wollen individuell ausgehandelte Betriebsvereinbarungen gleichberechtigt neben die Tarifverträge treten lassen.

Dagegen fordert der DGB, die EU-Richtlinie für Mindestlohn und Tarifbindung umzusetzen. Diese

fordert die Mitgliedsstaaten auf, bis Ende des Jahres eine Tarifbindung von 80 Prozent zu erreichen. Wird die Quote nicht erreicht, muss in Absprache mit den Unternehmen und Gewerkschaften ein Aktionsplan vorgelegt werden.

Der DGB fordert auch weitere Reformen, die von der Linkspartei unterstützt werden. Dazu gehören:

- Die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen (AVE) sollen erleichtert werden. Damit kann das Arbeitsministerium die Gültigkeit von Tarifregelungen per Verordnung ausweiten und die Blockademöglichkeit der Unternehmen soll aus dem Gesetz gestrichen werden.
- Es soll die sogenannte OT-Mitgliedschaft (ohne Tarifbindung) in Arbeitgeberverbänden untersagt werden. Damit würden die Verbände in die Pflicht genommen, ihrer Verantwortung als Tarifpartner wieder vollumfänglich nachzukommen.
- Die Bundesregelung soll öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben.

Mehr Arbeitskämpfe

Weil sich in der Politik für uns wenig positiv ändert, gibt es wieder mehr Arbeitskämpfe.

Der Streit um Tarifverträge bildet nach wie vor einen zentralen Pfeiler der Gewerkschaftspolitik in Deutschland. So wurden im Jahr 2023 mehr als 7.200 Tarifverträge abgeschlossen, die Arbeitsbedingungen von etwa 15,5 Millionen Beschäftigten regeln - eine deutliche Steigerung.

Wir als Senior*innen wissen, **nur gute Löhne und sichere Arbeitsplätze sorgen auch für gute Renten**. Deshalb stehen wir bei Warnstreiks immer an der Seite unser Kollege*innen in den Betrieben.

Klaus Murawski



Fotos Hartmut Herold



Früher war mehr 1. Mai

Zum Beispiel vor zehn Jahren, im Jahr 2014. Wir Vertrauensleute hatten die Idee des „IG Metall Dorf“ etabliert.

17 (!) Stände waren im Kreis aufgebaut. Fünf betriebliche Stände, die von den Vertrauensleuten mit viel Phantasie gestaltet waren. Dazu alle Arbeitskreise der Verwaltungsstelle, Arbeit und Leben, Askania (Widerstand im dritten Reich), Galerie Olga Benario, Amnesty International und die IG Metall Roadshow.

Im Vorfeld waren in mehreren Treffen der Beteiligten viele Details abgeklärt worden. Wer hat welchen Stand, wie ist der An- und Abtransport der Materialien geregelt, welche Werbeartikel werden ausgegeben, wie wird die Standbesetzung organisiert.

Neben dem Aufbau der Stände gehörte auch das Anschleppen und Aufstellen der Biergartentische und -bänke dazu.

Danach war noch Zeit, zum Start des Demozuges zu gehen. Nach Eintreffen der Demonstration füllte sich das „Dorf“ zu drangvoller Enge. Von den Reden auf der Haupttribüne war bei uns nichts zu hören.



Senioren-Arbeitskreis 2014

Foto Ramon Zorn

Dafür hatten wir selber reichlich Redebedarf mit den Kolleginnen und Kollegen.

Der Senioren-Arbeitskreis wird wie immer beim Maifest des DGB vor Ort sein. Nicht wegen der guten alten Zeiten, sondern weil die Gewerkschaften heute genau so wichtig sind wie eh und je. Wer nicht gut zu Fuß ist und beim Demonstrationzug nicht mitmachen kann, ist beim Seniorenstand herzlich willkommen.

Ramon Zorn

1. Mai 2024, Tag der Arbeit in Berlin



- 10:00 Uhr Aufstellen zur Demonstration**
Karl-Marx-Allee Ecke Pariser Kommune (U Weberwiese, U5, Bus 347)
- 10:30 Uhr Start der Fahrraddemo**
DGB Berlin-Brandenburg, Keithstraße 1, 10787 Berlin
(U-Bahn: Wittenbergplatz)
- 11:00 Uhr Start der Fuß-Demo**
Karl-Marx-Allee Ecke Pariser Kommune
mit einem gemeinsamen Block der Arbeitskämpfenden
- 12:00 Uhr Kundgebung**
vor dem Roten Rathaus
Moderation **Katja Karger**, Vorsitzende DGB Berlin-Brandenburg
Hauptreden: **Cosima Ingenschay**, stellvertretende Vorsitzende EVG und **Isabelle Schömann**, stellvertretende Genrealsekretärin EGB
Tanja Joppe (AWO Berlin), **Mariana Varga** und **Anne Lembcke** (KEB Nordost)
Lars Maibaum (rbb) und aktive Ehrenamtliche der **DGB-Jugend** auch aus aktuellen Tarifeinsetzungen
- bis 13 Uhr Bühnenprogramm**
- bis 18 Uhr Maifest mit Angeboten für die ganze Familie**
vor dem Roten Rathaus

Beim Neptunbrunnen, da wo die IG Metall-Stände stehen, wird mit erhöhtem Aufkommen von Metallrentnern und -rentnerinnen gerechnet. Denn der Senioren-Arbeitskreis informiert über die Themen, die ihn und die Besucher bewegen.

Gabi Stelter zum 60. Geburtstag



Liebe Gabi, der Senioren-Arbeitskreis der Berliner IG Metall gratuliert dir ganz herzlich zu deinem 60. Geburtstag und wünscht dir viel Gesundheit und alles Gute.

Seit vielen Jahren bist du für uns die Ansprechpartnerin, wenn wir irgendwelche Hilfe für unsere Arbeit benötigen. Immer hast du uns tatkräftig unterstützt und nie ungehalten reagiert. Auch wenn du für viele von uns wenig sichtbar bist, wäre unsere Arbeit ohne dich nicht so machbar.

Wir freuen uns auf weitere Jahre der Zusammenarbeit und hoffen, dass du auch die nächsten Jahre deines Arbeitslebens gut mit uns klarkommst.

Günter Triebe

Wechsel in der SAK-Leitung

Unsere langjährige Zweite Vorsitzende, Manuela Wegener, ist aus gesundheitlichen Gründen auf der letzten SAK Sitzung zurückgetreten. Vielen Dank an Manuela für ihren unermüdlichen Einsatz und ihre tollen Protokolle. Wir drücken Dir die Daumen, dass gesundheitlich alles bald wieder im Lot ist!

Ihr folgt Dorothea Lay nach, die einstimmig von den SAK Mitgliedern gewählt wurde. Doro ist langjährige BR- und GBR-Vorsitzende bei Thales (jetzt Hitachi) gewesen und bringt dadurch ausgeprägte Leitungserfahrung mit. Als Mitglied des Ortsvorstands hat sie für den Arbeitskreis eine wichtige Rolle in der Geschäftsstelle.

Doro, Dir ein Herzliches Willkommen in Deiner neuen Rolle im SAK.



Dorothea Lay

Astrid Diebitsch

Berliner Seniorenwoche 2024



Die 50. Berliner Seniorenwoche findet vom 22. – 29. Juni 2024 unter dem Motto **“Zukunft gemeinsam gestalten”** statt. Neben der zentralen **Eröffnungsveranstaltung am 22. Juni** im neubauten PopUp in der Amerika-Gedenkbibliothek am Halleschen Ufer wird es die bekannte Informationsbörse geben, den Markt der Möglichkeiten, auf dem diverse Organisationen, Vereine und Institutionen Ihre Angebote speziell für Seniorinnen und Senioren präsentieren. Auch in diesem Jahr wird es ein breit gefächertes Wochenprogramm zu der Berliner Seniorenwoche geben. Wir laden Sie herzlich ein, das 50. Jubiläum der Berliner Seniorenwoche gemeinsam zu feiern.

Quelle: Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung



Spreewaldfahrt

Donnerstag, 20. Juni
Anmeldung am 27. Mai
von 10 bis 13 Uhr, in Raum 123
oder unter Tel. 030 25387-160

Schiffsfahrt

Montag, 17. Juli
Anmeldung am 24. Juni
von 10 bis 13 Uhr, in Raum 123
oder unter Tel. 030 25387-160

Mitgliederversammlung

„Europa nach den Wahlen“
Mittwoch, 26. Juni, 14 Uhr
IG Metall-Haus
Alwin-Brandes-Saal